

Bezugspreis:

Einzelheft 3 Pf.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 Mk. 27 Pf.

Erhältlich täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
H. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Wochenzeile 10 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Admstr. H.

Fernsprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange, Bad Ems

Nr. 91

Bad Ems, Donnerstag den 17. April 1919.

71. Jahrgang.

Neue Krisengerüchte.

Berlin, 15. April. Nach Informationen, die die Reichsregierung erhalten hat, sind die Gerüchte über eine Krisen im Reichsministerium noch nicht verstimmt. Hierfür sind Gerüchte über Amtsniederlegung des Reichspräsidenten Scheidemann, die zwei Ursachen haben. Der neue Reichsfinanzminister, Herr Dr. Brüning, soll Bedingungen gestellt haben, die der über die Sozialisierung vorbeugen sollen und die demokratischen Ziele in der Wirtschaftspolitik mehr in den Vordergrund treten lassen. Auf der anderen Seite der Entlassung über den Staatsgerichtshof bisher in der Nationalversammlung nur wenig Freunde gefunden, so daß seine Ablehnung gerechnet werden müsse. Der Entwurf sei aber eine Lieblingsidee Scheidemanns.

Reichsernährungsminister Schmidt vor dem Rücktritt? In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Stellung des Reichsernährungsministers Schmidt nach seiner letzten Rede stark erschüttert sei. Die Rede, die die sozialdemokratischen Interpellanten ziemlich schroff wies, soll in sozialdemokratischen Kreisen sehr verstimmt sein.

Weimar oder Berlin.

Weimar, 14. April. Wie verlautet, hat die preussische Regierung an die Reichsregierung die Anfrage gestellt, ob sich nicht ermitteln lasse, die Nationalversammlung nach den Osterferien nach Berlin zu verlegen. Das Reichsministerium des Innern, dem diese Anfrage zunächst zugegangen ist, ist der Meinung, daß die Frage der Verlegung vor Pfingsten auf keinen Fall bruchreif sei. In anderen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß schon mit Rücksicht auf die baulichen Verhältnisse im Reichstag mit einer Verlegung vor September nicht zu rechnen sei.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Kopenhagen, 13. April. Die unerwartet eingetragene Besetzung der dänischen Ausfuhr nach Deutschland wird, wie man von zuverlässiger Seite erzählt, nur von kurzer Dauer sein. Die Verhandlungen über die Regelung der deutschen Zahlungsweise sind so weit fortgeschritten, daß eine endgültige Lösung bald erwartet werden kann. Die sich hier anammelnden Waren, die für Deutschland bestimmt waren, werden nun nach Schweden und Norwegen ausgeführt.

Christiania, 12. April. Das Storting hat heute in einer geheimen Sitzung einstimmig den Ankauf der auf dem Festland der englischen Regierung hier im Lande lagernden 200000 Fuhren norwegischer Salzheringe für 14 Millionen Kronen beschlossen. Falls die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Norwegen über die Zahlungsweise, wie anzunehmen, zu gutem Ende kommen, ist damit die unbefristete Ausfuhr norwegischer Heringe nach Deutschland gesichert, da Deutschland die Ausfuhrerlaubnis von dem Ankauf der erwähnten Partie abhängig gemacht hatte. In Frage kommen rund zwei Millionen Fuhren Salzheringe.

Gegen die Mörder des sächsischen Kriegsministers.

Dresden, 14. April. In der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung der Delegierten des Landesverbandes sächsischer Presse gab Ministerpräsident Gradmann ein Bild über die augenblickliche Lage in Sachsen. Er teilte mit, daß bisher vier Personen verhaftet worden sind, die im dringenden Verdacht stehen, am Mord des Kriegsministers Meining beteiligt zu sein. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Dann fuhr der Ministerpräsident fort, seine Auffassung von der Lage sei, daß sie sich günstiger gestaltet. Die furchtbare Tat habe auf die Volkseinstimmung einen Eindruck gemacht, der zunächst jede Ausschreitung ausschalten werde. Wohl hätten am Samstag herumstreifende Banden eine Reihe einzelner Posten entwandert, aber das seien Einzelfälle. Die öffentlichen Gebäude seien geschützt. Sächsische Grenzschutztruppen und Truppen der Reichsleitung aus Berlin seien unterwegs. Der Amtshauptmann von Zwickau teilte mit, daß bei der Abstimmung 19 v. S. für und 90 v. S. gegen den Generalstreik gestimmt haben.

Die Bankrottspolitik der Lohnforderungen.

Düsseldorf, 15. April. Am 14. April ist über das Vermögen der Bochumer Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft, der die Reichs-Präsident gehört, Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer mehr werdenden Forderungen der Bergarbeiter zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abzuwenden war.

Spartakus in München.

München, 15. April. In München wird die Lage immer enger. Die Truppen, die gestern der Räteregierung übergeben und durch Handschlag sich der Regierung Hoffmann unterworfen hatten, sind zum größten Teil wieder zur

roten Armee abgewandt. Wie man durch Flugzeuge feststellte, sind der Bahnhof und viele Regierungsgebäude in den Händen der Spartakiden. Die Entlassung der Bürgerwehr wird streng durchgeführt, die Bewaffnung des Proletariats schreitet fort.

Augsburg, 15. April. München steht völlig unter der Schaltherrschaft von Spartakiden. Die meisten Mitglieder des Zentralrates sind verhaftet. Auf die Meldung, daß die Spartakiden in München beabsichtigen, einen Teil der roten Armee nach Augsburg zu senden und in Augsburg wieder die Anerkennung der Räterepublik zu erzwingen, wurde auf Befehl der Augsburger Behörden der Bahnkörper bei Werting aufgerissen und der Zugverkehr zwischen Augsburg und München vollständig eingestellt. Es wurden Volkswachen dorthin geschickt.

In München Diktatur des Proletariats.

München, 16. April. Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte Telefonverbindung von München nach Augsburg wieder hergestellt. München befindet sich völlig in der Hand der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist ausgerufen. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgeführt wurde, dauerte etwa drei Stunden und hatte das Gepräge einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete und endigte mit dem Siege der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neu ausgerufenen Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, so daß die Kommunisten eine starke Macht hinter sich haben. In ganz München herrscht Generalstreik. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen, der Straßenbahnverkehr ruht, die Zeitungen erscheinen nicht.

Verhaftung der Gesamtschleifleitung im Ruhrrevier.

Berlin, 15. April. Der Täglichen Rundschau wird aus Essen gemeldet: Gestern nachmittag ist die Gesamtschleifleitung im Ruhrrevier, ungefähr 400 Mann stark, in Werden durch Regierungstruppen verhaftet worden.

Die Räterepublik Braunschweig.

Berlin, 16. April. Die Stadt Braunschweig ist vollständig vom Verkehr abgeschnitten. Die Regierungstruppen nähern sich der Stadt von drei Seiten.

Das Ultimatum der Streikenden.

Düsseldorf, 16. April. Die Streikleitung hat ein Ultimatum bis 12 Uhr mittags gestellt. Wenn ihre Forderungen bis dahin nicht erfüllt sind, wird der Generalstreik noch verschärft. Die erste Forderung ist die Zurückziehung der Regierungstruppen.

Der Schluß des 2. Rätekongresses.

Unversöhnt

Berlin, 14. April. Mit einem starken Kampf zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen hat heute der Rätekongress seine Arbeit geschlossen. Stundenlanges Verhandlungen waren hinter den Kulissen gepflogen worden, um den Wiedereintritt der Unabhängigen in den Zentralrat zu erzielen. Die Unabhängigen haben sich schließlich beim ersten Rätekongress im Dezember an der Entsendung von Mitgliedern in den Zentralrat nicht beteiligt, weil der Kongress den Rätegedanken als einen Verstoß gegen das demokratische Prinzip damals völlig abgelehnt hatte. Heute stellten sie nun die Bedingungen auf, unter denen sie bereit seien, wieder in den Zentralrat einzutreten. Die Mehrheitssozialdemokraten waren zur Annahme dieses Antrages sofort bereit, und die Zustimmung ergab nahezu Einstimmigkeit. Nun verlangten die Unabhängigen trotz ihrer viel geringeren Mitgliederzahl auf dem Kongress paritätische Besetzung des Zentralrats. Beide sozialdemokratischen Parteien sollten je 12 Sitze erhalten. Das lehnten die Mehrheitssozialisten ab mit dem Hinweis darauf, daß sie den Unabhängigen in jeder Weise entgegengekommen seien. Sie lösten ihren nach der Stärke der Fraktion 10 Sitze an und beanspruchten für sich 14 Sitze. Es entstand eine erregte und stürmische Auseinandersetzung. Darauf wurde von der Mehrheit folgender Beschluß gefaßt: Der Zentralrat besteht aus 21 Mitgliedern. Sieben Mandate bleiben frei für den Fall, daß die Unabhängigen ihre Meinung ändern sollten. Die 21 Mandate verteilen sich wie folgt: 16 Mehrheitssozialdemokraten, 1 Demokrat, 1 Bauernrat, 2 Soldaten und 1 Vertreter der Christlichen Gewerkschaften.

Der deutsche Ausschuss für die Friedensverhandlungen.

Weimar, 14. April. Der Ausschuss für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der National-

versammlung, den drei Vizepräsidenten und 28 Mitgliedern aller Parteien. Ehrenbach (Ztr.) Vorsitzender, Schulz-Duppre (Zog.) Stellvertreter Vorsitzender, Dietrich-Potsdam (Deutschnat. Volksp.), Hauptmann (Demokr. Partei), Sozialdemokraten: Krüger, Voelke, Mollenhuth, Müller (Dreslau), Frau Röhl, Frau Schilling, Schumann, Dr. Einheimer, Stod, Vogel und Weiss. Zentrum: Ehrhardt, Gröber, Dr. Helm, Dr. Weber (Schwaben), Dr. Spahn und Dr. Trimbora, Demokratisch: Partei: Kahl, Schriftführer, Dr. Hermann (Posen), Dr. Quide, Freiherr von Nidhosen. Deutschnationale Volkspartei: Kraut, Schriftführer, Graf, Stresemann. Unabhängige: Meyer (Leipzig), Haase (Berlin).

Die Friedensbedingungen für Deutschland?

Lugano, 15. April. Der Secolo meldet folgende drei Punkte als Friedensbedingungen für Deutschland:

1. Uebergang aller Erzbergwerke des Saarbeckens in das immerwährende Eigentum Frankreichs. Die Verwaltung des Saarbeckens soll vom Völkerbund überwacht werden.
2. Deutschland hat 125 Milliarden Francs zu bezahlen, von denen 55 Prozent Frankreich zufallen sollen.
3. Die tatsächliche Belegung der Rheinlinie wird 15 Jahre dauern. Auf dem linken Rheinufer darf kein einziger deutscher Soldat mehr bleiben. Auf dem rechten Rheinufer wird ein 40 Kilometer breiter Gürtel neutralisiert.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Kopenhagen, 15. April. Die amerikanischen Behörden haben im Einvernehmen mit den Alliierten Dr. Ranssen gebeten, eine neutrale internationale Kommission zu organisieren zum Zwecke der Untersuchung der Möglichkeiten, die an Hungersnot leidenden Teile Russlands zu verproviantieren. Dr. Ranssen antwortete, daß er geneigt sei, diese Aufgabe zu übernehmen. Amerika wird die Lebensmittel liefern. Man schätzt die Kosten auf mindestens 50 Millionen Dollars. Die Hauptbedingung für diese Verpflegung ist die Einstellung sämtlicher Feindseligkeiten in allen Teilen Russlands.

Kopenhagen, 14. April. Die Nationalistische meldet aus Petersburg über Seltsings eine starke Gegenbewegung gegen die Bolschewiki, die jedoch unter dem Mangel an Waffen und Schießbedarf leide. Die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution bestätigt die Blättermeldung, daß eine weitverbreitete Verschwörung zur Verhinderung der Lebensmittelzufuhr nach Petersburg und Moskau, sowie zur Zerstörung von Eisenbahnen und Brücken entdeckt worden sei. In Samara und Stawropol fanden schwere Unruhen statt. Die Sozialrevolutionäre hatten die armen Bauern bewaffnet. Stawropol war einige Tage in den Händen der weißen Garde. Auch in den Vorstädten Petersburgs kam es zu blutigen Unruhen. Die Arbeiter konnten nur durch eine Erhöhung der Brotzuteilung beruhigt werden, sie fordern die Abschaffung der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution. In Moskau mühten die Volkskommissare den Arbeitern nach drei langen Ausständen eine 50prozentige Lohnerhöhung bewilligen. Der Rückgang der Erzeugungsfähigkeit der russischen Industrie spottet jeder Beschreibung.

Die Nationalversammlung.

Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen nationalen Festtag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abg. von Bayer (Dem.) und Müller-Breslau (Mehrheitssozialist) den entscheidenden § 1 wie folgt zu fassen: „Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes gewidmet ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Berücksichtigung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkseinstellung für einen politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden usw. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.“

Die Unabhängigen und Sozialdemokraten beantragen, neben dem 1. Mai auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David begründet die Vorlage. Abg. Ehrhardt (Ztr.): Auch wir sind selbstverständlich für sozialen und politischen Fortschritt, für einen gerechten Frieden. Eine andere Frage aber ist, ob man dazu einen Feiertag einführen muß und ob die gegenwärtige Zeit dafür überhaupt geeignet ist. Welche Kreise des Volkes sind der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Fasttag einzuführen. (Sehr wahr! und lebhafter Zustimmung im Zentrum und rechts, Widerspruch links.) Wenn man aber schon einmal ein Feiertag eingeführt werden soll, so wäre zu wünschen, daß es wenigstens ein Tag wäre, durch den die Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes zum Ausdruck kommt. Das trifft aber gerade für den 1. Mai nicht zu. Wir machen also einen früher angestrebten internationalen Feiertag zunächst einmal zu einem deutschen Feiertag. In voller Würdigung der Gesamtverhältnisse ist die ganze Mehrheit meiner Parteifreunde nicht in der Lage, dem Währungsantrag zuzustimmen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Bachnitz (Dem.): Dem Antrag der Unabhängigen, den 9. November zu feiern, stimmen wir nicht zu. Anders der Antrag, den wir zusammen mit den Reichssozialdemokraten stellen. Er lenkt das Auge des Volkes auf die gemeinsamen Ideale, des Weltfriedens, des Völkerverbundes, des Schutzes der Arbeitskraft in allen Ländern. Mit ihm nehmen wir dem Tag den Charakter eines Kampftages, der er früher hatte. Wie der Tag gefeiert wird, bleibt jedem überlassen.

Abg. Dr. Bölsch (Deutschnat. Vp.): Die Frage des 1. Mai ist letzten Endes eine politische und eine Kulturfrage. Es wirkt auf uns in höchstem Grade bestrebend und ermunternd, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will. Das Volk kommt aus dem Felerie ja gar nicht mehr heraus. Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. (Widerspruch und lärmende Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Absicht, den 1. Mai zu einem Feiertag zu machen, bedeutet im Zusammenhang mit dieser Vorlage eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft (Lebhafter Beifall rechts.) Sie wollen die ganze Welt verbessern und können das eigene Haus nicht halten. Aus demselben Grund gegen unsere christlichen Feiertage soll der 1. Mai gefeiert werden. Wir lehnen den Antrag ab und bitten das Haus sich auf unsere Seite zu stellen. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, heftiges Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mittelmann (Deutsche Volksp.): Auch die letzten Ausführungen des Ministers können meine Freunde nicht von der Notwendigkeit überzeugen, jetzt, wo das ganze Volk arbeiten sollte, einen Tag einzulegen, an dem das Nationalstatut nationale Pflicht ist. (Beifall — große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich würde vorschlagen, daß wir in der heutigen Zeit, wo alles ruht, einen Tag einführen, der durch Gesetz als Arbeitstag bestimmt wird! (Heiterkeit und lebhafter Beifall, Handklatschen auf den Zuhörerbänken.) Es entspricht nicht den Tatsachen, daß viele Volksteile diesen Feiertag gefordert hätten. Lediglich das „Klassenbewußte“ Proletariat hat diese Forderung aufgestellt, und das ist auch heute noch nicht die Mehrheit. Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Bachnitz bestätigen, daß es in den Mehrheitsparteien mehr als brüchig aussieht. Sie sind nicht einmal vorher von der Regierung gefragt worden. Da kann man es verstehen, daß selbständige Kräfte aus der bürgerlichen Parteien es vorziehen, unter diesen Umständen aus der Regierung auszuschließen. (Zehr gut! rechts.) Dem Vorschlag des Abgeordneten Dr. Mittelmann können wir ebenfalls nicht zustimmen. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Falle eine Politik treibt, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße.

Abg. Hilbrand (Soz.): Jesus von Nazareth wäre auf unserer Seite, nicht bei Herrn Bölsch. (Unruhe rechts.) Die Ablehnung des 1. Mai würde auch nicht Arbeit am 1. Mai bedeuten. (Erregte Zurufe des Abg. Dr. Mittelmann.) Es gibt doch auch heute noch ein Völkertum! Drohende Zurufe und lärmende Kundgebungen bei den Sozialdemokraten gegen den Abg. Dr. Mittelmann.)

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Antrag von Bayer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teiles der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneten angenommen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 161 gegen 88 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Gesetzesentwurf gelangt darauf auch in der Gesamtabstimmung im ganzen zur Annahme.

Es folgt die zweite Lesung des Kaltegesetzes. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Abänderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Aufhebung oder Abänderung des Kaltegesetzes und aller seiner Abänderungsgesetze durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung in der Sitzung des Ausschusses gegen die Stimmen der Deutschen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Hierauf erhält Ministerpräsident Eiche mann zu einer besonderen Mitteilung außerhalb der Tagesordnung das Wort. Er berichtet die Oberkassatschaft des Reichspräsidenten.

ten in der die Zustimmung des Reichspräsidenten zur Abänderung der Deutschen Nationalversammlung am 10. April für einen Frieden des Rechtes ausgesprochen ist. Es heißt darin dann weiter: Das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch den radikalen Sprung in's Dunkel, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die kollektivistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den industriellen Stand Deutschlands sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen. Aber sinnlose politische Streiks legen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten. Schleuniger Frieden nach außen, fündet auf der Grundlage der Verständigung und dem Bunde aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage, aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit vom Frieden und Arbeit im Innern. Daß ab von der Selbstzerfleischung! Überwindet Euch! Tut die Augen auf vor dem Abgrund! Arbeiter: Berlin, 15. April 1919. Der Reichspräsident: Obert.

Der Verlesung der Erklärung folgte lebhafter Beifall bei allen Parteien.

Deutschland.

Der Durchzug der polnischen Truppen. Beim deutschen Volktrat in Bissa ist folgendes Telegramm eingegangen: Vom Verband ist volle Garantie gegeben worden, daß die Hallersche Division nicht innerhalb der Reichsgrenze von 1914, sondern nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von den Deutschen geräumten ehemals russischen Gebieten verbracht werde. Schärfe Mannezeit der Truppen sollte Unterlassung aller nationalistischen Kundgebungen und in jeder Beziehung gewähleitet. Die Transporte werden von besonders ausgewählten Begleitoffizieren des Verbandes begleitet, die zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und dazu beauftragt sind, mit den deutschen Bahnhofscommandanten zusammenzuarbeiten. Im vaterländischen Interesse liegt es, daß die Durchführung der Truppen glatt erfolgt und daß ihnen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden und besonders auch jegliche Kundgebungen von deutscher Seite gegen die polnischen Truppen unterbleiben. Alles muß getan werden, daß die aus vaterländischer Gesinnung geborenen Verpflichtungen nicht zu Schritten führen, die die schwersten Folgen für den deutschen Osten und unser Vaterland haben könnten. Überall bitte ich zu verbreiten, daß Befürchtungen für die Heimat aus Anlaß des Transportes polnischer Truppen durch Deutschland unbegründet und die größte Zurückhaltung gegenüber diesen Transporten vaterländische Pflicht ist. Deutsche Waffenstillstandskommission. General v. Hammerstein.

Neues aus aller Welt.

Vingen, (Nhr), 12. April. In der Nacht zum Donnerstag überfielen drei verummte Räuber den hiesigen Postverwalter Bernards in seiner Wohnung und zwangen ihn mit vorgehaltenen Revolvern, sämtliche amtliche und private Gelder herauszugeben. Der Postverwalter legt 1000 Mark Belohnung auf die Ergreifung der Täter und die Verbeischaftung des Geldes aus.

Vonn, 15. April. In ein Optikergeschäft kam gestern abend ein hiesiger Student der Chemie und forderte von dem Geschäftsinhaber, indem er ihn mit einer Handgranaat bedrohte, 80 Mark. Dem Inhaber gelang es, auf die Straße zu entweichen und die Polizei herbeizurufen. Als der Student im Keller des Hauses gefunden wurde und festgenommen werden sollte, tötete er sich durch einen Revolverstoß in den Kopf.

Durch Trichinose gestorben. An Trichinose starb die sechsjährige Familie des Jagführers Karl Wielow in Polen.

* Vier Kinder getötet. Aushach i. Bayern. Am Samstag vormittag wurde bei dem Hierauffsteigen eines notgelandeten Flugzeugs ein Kind getötet. Drei Kinder wurden so schwer verletzt, daß sie nach gleichen Abend starben.

* Schweres Bootunglück. Konstanz, 14. April. Auf dem Bodensee ereignete sich gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr ein schweres Bootunglück. Ein mit 12 Personen besetztes Boot kippte infolge hohen Wellenganges um. Vier Personen ertranken. Die beiden anderen wurden gerettet.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Lebensmittelbelieferung. Laut Bekanntmachung der französischen Militärbehörde werden seitens der Armee der Bevölkerung der besetzten Teile des Regierungsbereichs Wiesbaden Lebensmittel zugeführt werden. Näheres in der Bekanntmachung im heutigen Kreisblatt.

Verwendung der Ludendorffspende. Ueber die Verwendung der Ludendorffspende, die Volksspende für Kriegsbeschädigte, hat nunmehr das Kriegsministerium folgende Bekanntmachung erlassen: Die Mittel der Volksspende sind für Kriegsbeschädigte bestimmt, das heißt für Kriegsteilnehmer, die im Kriege Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. Bei großer Zahl der Kriegsbeschädigten und den immerhin beschränkten Mitteln der Volksspende ist die bloße Tatsache der Kriegsteilnahme kein ausreichender Grund für die Inanspruchnahme der Volksspende. Kriegshinterbliebenen kann die Volksspende keine Beihilfe gewähren.

53. Nassauischer Kommunallandtag. Wiesbaden, 11. April. Der 53. Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden soll am 28. April eröffnet werden, vorausgesetzt, daß Marschall Foch die Erlaubnis dieser Tagung gibt. Er wird sich in erster Linie mit Verwaltungstragen und dem Haushaltsplan beschäftigen. Der Vorschlag sieht eine Erhöhung der Bezirksabgabe nicht vor. Der bisherige Satz von 7,5 Prozent konnte beibehalten werden. Für die gefallenen Landesräte Tiedenburg und Schmoll finden Neuwahlen statt.

Handwerkskammer Wiesbaden. Betr. Schuldenhältnisse der Handwerker als Kriegsteilnehmer. Diejenige Handwerker, welche Kriegsteilnehmer waren, werden darauf aufmerksam gemacht, daß gesetzliche Schutzvorschriften und wirtschaftliche Einrichtungen bestehen, die ihnen die Schwierigkeiten der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft erleichtern sollen. Besonders kann jeder Kriegsteilnehmer gegenüber seinen Gläubigern eine gerichtliche zu bestimmende Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten erlangen. Auch kann er die Einstellung der Zwangsvollstreckung sowie weiter erreichen, daß die Zwangsvollstreckung überhaupt nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts stattfinden darf. Besonders weisen wir wiederholt auf die Nass. Kriegsschuldkasse hin, die unter günstigen Bedingungen Darlehen bis zu 3000 Mark zu mäßigen Zinsen für Kriegsteilnehmer zur Verfügung stellt. Aber alle diese Hilfseinrichtungen bezw. Schutzvorschriften sind Einzelheiten bei den durch die Handwerkskammer errichteten Handwerksämtern zu Frankfurt a. M., Saalgasse 33, und Wiesbaden, Rheinstrasse 42, sowie bei der Handwerkskammer selbst zu erfahren. Diese Stellen sind auch bereit, den Beteiligten jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Vom Westerwald, 12. April. Jahn Wildschweine erlegt. Durch den letzten Schneeeinbruch im März begünstigt, gelang es, in der Oberförsterei Kroppach innerhalb 14 Tagen 10 Wildschweine, teils noch Trichinosefrei, zu erlegen.

Wiesbaden, 12. April. Ein bekannter Wiesbader Wohltäter, der vor und während der Kriegszeit für wissenschaftliche Forschungen und gemeinnützige Zwecke große Stiftungen gemacht und besonders dem Roten Kreuz zur Bänderung im Kriegsnot dauernd in großzügigster Weise reiche Mittel zur rechten Zeit in die Uren trug.

„Das soll sein, Mutter Larsen. Aber wir müssen auch an die Geschäfte des Tages denken, die sich selbst durch ein Palmwort nicht beiseite schieben lassen. Ist Heinz jetzt? Wir müssen ihm eine schnelle Nachricht geben.“

Einer der großen Konzertsäle Wiens war bis auf den letzten Platz besetzt; eine erwartungsvolle Menge füllte den hohen, weiten Raum. In aller Mund war ein Mannes Name. Und auf dem Programm stand er in auffälliger Drude: Heinz Larsen.

Heinz Larsen, der Geiger! Der Meister seines Instruments. Einer, der im Lande der Kunst König war. Ein großer Ruf ging ihm voraus. Die Tagesblätter hatten von ihm berichtet, biographische Notizen über ihn gebracht. An den Plakatsäulen der ganzen Stadt war sein Name zu lesen gewesen. Man hatte von ihm in der musikalisch gebildeten Kreise seit Wochen gesprochen und den Tag seines ersten Konzerts mit hochgelegelter Spannung erwartet.

Und nun heute endlich! Was würde er zu geben haben? Würde er halten, was sein Ruf versprach?

In einem kleinen Nebenraum schritt der, dem vielgestaltige Erwartungen, die Fülle der heimlichen Fragen und des hochgepannten Interesses galt, in ruhiger Messenheit auf und ab. Er war seines Erfolges auch diesen Abend sicher. Seine Zuhörer würden ihm hier Wien ebenso begeistert jubeln, wie er es an allen anderen Orten vorher erlebt.

Aber trotz der Ruhe in seinen Bewegungen lag der Ausdruck einer nervösen Hast auf seinen Zügen. Er abaeisnnt, überhekt aus.

Fortsetzung folgt.

Laßt Euch ein Bankkonto eröffnen und zahlt durch Ueberweisung oder Scheck!

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Feiderman von Fritz Gahner.

40

Reinhardt verboten.

Was war nun dein Leben, Thom? Es war Sorge und Last. Solange du deine Hoffnungen hattest, waren diese Dinge süß. Als die Hoffnungen aber dann dahingingen, war die Sorge eine Qual und die Last eine Bitternis.

Und dein Werk zerfällt. Eine Weile noch werde ich in seinem Schatten wohnen. Und wenn ich auch dahin bin, ist es aus mit dem Birkenhof. Seine Giebel werden übereinanderstürzen. Und seine Aeder, die mühsam bebauten, werden verlanden.

So ist das Leben also nur eine Ruhlosigkeit. . .

Nicht so, Susanne Larsen! Du denkst in einer der bittersten Stunden deines Lebens. Und deine Bitternis, deine Traurigkeit führen dich zu Irrtümern. Sieh doch den großen Nutzen, den dir dein Leben gebracht hat. . . Und sei es nur der, daß du erkannt, wie lose dein Geschick mit dieser Welt verknüpft ist. Die Erkenntnis der geringen Werte dieses Daseins soll dich ja sehnüchlich machen, ewige Werte zu erlangen.

Diese Weisheit zu verstehen, war Susanne Larsen in dieser Stunde nicht fähig. Sie erkannte das Leben jetzt nur als das wunderbarste, grausamste und nützlichste aller Dinge. Die Verluste, die es ihr gebracht, drängten sich ihr zu einer unausschöpfbaren Meerestiefe zusammen und waren für sie unübersteigbare Gipfel himmeltragender Gebirge. Der Sohn in der weiten Welt. Die, die sie wie eine Tochter geliebt, heimlich davon. Der Gatte in erschütternder Plötzlichkeit gestorben. Und sie allein in dem einsamen Hause auf der einsamen Heide.

Das Gefühl des Vereinsamtheits machte sich von Sekunde zu Sekunde stärker geltend. Es wuchs auf zu peinigender Qual, es erfüllte sie mit Furcht. Der Gedanke an Heinz ließ sie ruhiger werden. Er würde ja nun kommen, um seinem Vater die letzte Ehre zu erweisen und wenigstens ein paar Tage bei ihr bleiben. Aber wo erreichte ihn jetzt eine Nachricht? Sein letzter Brief — vor Wochen schon — war aus Zürich gekommen. Ob er dort noch sein mochte? Ratlos und hilflos war Susanne Larsen. Und abermals schlichen sich Qual und Furcht in ihre Seele.

